



Der Oberbürgermeister  
Stadtplanungsamt  
61, 61/1  
Stadthaus Willy-Brandt-Platz 2  
50679 Köln

10.05.2010

## NIEDERSCHRIFT

über die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung gemäß § 13a BauGB

### **"Südlich Arnsberger Straße" in Köln-Buchheim**

Veranstaltungsort: Bürgeramt Mülheim – VHS-Saal,  
Wiener Platz 2a, 51065 Köln

Termin: 15.04.2010

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.15 Uhr

Besucher: ca. 140

Teilnehmer/Teilnehmerin: Vorsitzender:  
Herr Fuchs,  
Bezirksbürgermeister des Stadtbezirkes Mülheim

Verwaltung:  
Frau Müssigmann, Stadtplanungsamt  
Herr Streitberger, Beigeordneter Planen und Bauen  
Herr Tuch, Stadtplanungsamt

Planer:  
Herr Baumann, Wulff und Partner Architekten, Stuttgart  
Herr Vohl, Wulff und Partner, Architekten Stuttgart  
Herr Geyer, Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH

Niederschrift:  
Herr Geyer, Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH

**Herr Fuchs, Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Mülheim** begrüßt die zur Öffentlichkeitsbeteiligung des Bebauungsplanverfahrens „Südlich Arnsberger Straße“ erschienen Bürgerinnen und Bürger. Herr Fuchs weist auf das Infoblatt hin, welches das städtebauliche Planungskonzept darstellt. Herr Fuchs stellt die Podiumsteilnehmer vor. Im Anschluss daran erläutert er Zweck und Ablauf dieser Abendveranstaltung und erklärt, dass eine Tonbandaufzeichnung von der Veranstaltung gemacht wird. Er bittet die Bürgerinnen und Bürger, Ihre Namen mit den entsprechenden Fragen und Stellungnahmen auf die bereitliegenden Zettel zu schreiben und ihm diese zu übergeben. Er weist darauf hin, dass er sich als Sitzungsleiter zur Sache nicht äußern wird. Er macht weiterhin deutlich, dass bis zum 30.04.2010 (einschließlich) die Möglichkeit besteht, schriftliche Stellungnahmen an ihn, den Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Mülheim, Bezirksrathaus Mülheim, Wiener Platz 2a in 51065 Köln, einzureichen. Die Stellungnahmen werden der Bezirksvertretung zugeleitet und dort beraten. Diejenigen, die sich zu Wort gemeldet oder schriftliche Eingaben auf der Veranstaltung gemacht haben, erhalten keine besondere Antwort auf Ihre Eingabe.

**Frau Müssigmann**, stellt das Planungskonzept anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. Sie skizziert das Bauleitplanverfahren, stellt das heutige Gebiet sowie das Planungskonzept vor, erläutert die Rahmenbedingungen des städtebaulichen Konzeptes und erklärt wie es in dem Verfahren weiter gehen wird.

**Bebauungsplanverfahren:** Der Aufstellungsbeschluss wurde vom Stadtentwicklungsausschuss am 18. März 2010 gefasst. Heute im ersten Schritt erfolgt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zur Äußerungsmöglichkeit der Planung durch die Bürgerinnen und Bürger, sowie die Erörterung durch die externen Fachträger und Behörden. Die Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Behörden münden in einen Planentwurf. Im Rahmen der Offenlegung haben die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Behörden für die Dauer eines Monats noch einmal die Möglichkeit sich mit der Planung zu befassen und Ihre Stellungnahmen abzugeben. Je nachdem welche Stellungnahmen abgegeben werden, kann es dazu führen, dass der Planentwurf nicht geändert wird. In diesem Fall erfolgt unmittelbar der Satzungsbeschluss des Rates. Sind Änderungen der Planung erforderlich, erfolgt in der Regel eine erneute Offenlegung. Ziel ist es, den Satzungsbeschluss zu erreichen, weil das für den Investor die Möglichkeit beinhaltet, tatsächlich zu bauen.

**Die heutige Situation:** Es gibt einen rechtskräftigen Bebauungsplan der seit 1970 besteht. Dieser Bebauungsplan soll für einen Teilbereich geändert werden. Der zur Rede stehende Teilbereich südlich der Arnsberger Straße beinhaltet die Nutzung als Festplatz. Diese Nutzung wird heute nicht mehr benötigt. Der Flächennutzungsplan stellt „Grünfläche“ dar und muss entsprechend geändert werden.

**Zielsetzung:** Das Grundstück in Köln-Buchheim zwischen Arnsberger Straße und dem Stadtbahnhaltepunkt Buchheim soll gemeinsam mit dem zur Zeit bereits als Schulgebäude genutzten Altbau an der Arnsberger Str. 11 zu einem Schulzentrum mit Gymnasium und Realschule („Dialoggymnasium“) in privater Trägerschaft mit insgesamt vier Zügen der Sekundarstufe I und zwei Zügen der Sekundarstufe II entwickelt werden.

**Bebauung:** Geplant sind zwei viergeschossige kompakte Gebäudekörper die über die Arnsberger Straße erschlossen werden. Der ruhende Verkehr ist an der westlichen Grundstücksgrenze vorgesehen. Die Schulhofflächen orientieren sich um das Gebäude. Parallel zur Arnsberger Straße wird ein Grünstreifen auf Grundlage des Konzepts der Regionale 2010 „Wo die Strunde untergeht“ entwickelt. Folgende Sachverhalte sind relevant:

- Lärmemissionen aus Schienen- und Straßenverkehr, die auf die Schule einwirken
- Lärmemissionen der erweiterten Schule, die auf die benachbarte Bebauung einwirken
- Erhalt und Neuanpflanzung von Bäumen
- Baugrund- und Bodenverhältnisse
- Leitungstrassen
- Verkehrliche Belange

Daten zur Schule:

• Anzahl der Schüler, heute:	152
• Anzahl der Schüler, zukünftig:	730
• Anzahl der Lehrer, heute:	10
• Anzahl der Lehrer, zukünftig:	45
• Anzahl der Pkw-Stellplätze auf dem Schulgelände, heute:	8
• Anzahl der Pkw-Stellplätze auf dem Schulgelände, zukünftig:	30

Bauliche Daten:

• Schulgelände Neubaugrundstück	ca. 6.770 qm
• Schulgelände insgesamt zukünftig	ca. 10.370 qm
• Überbaute Grundstücksfläche Neubau künftig	ca. 3.300 qm
• Freiflächen auf dem künftigen Schulgelände insges.	ca. 6.470 qm
• Neubau Bruttogeschossfläche Wettbewerbsentwurf	13.292 qm
• Neubau Bruttogeschossfläche Neubau geplant	11.545 qm
• Gebäudehöhe entlang Frankfurter Straße (First)	15–18 m
• Gebäudehöhe Altbau	10 m
• Gebäudehöhe Neubau	16 m

jeweils über Geländeniveau Arnsberger Str.

Geplant ist die Festsetzung von Flächen für den Gemeinbedarf – Zweckbestimmung Schule.

Die schriftlichen Stellungnahmen können bis einschließlich 30.04.2010 an den Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Mülheim, Herrn Fuchs, Wiener Platz 2 a, 51065 Köln, gerichtet werden.

Telefonische Auskünfte und weitere Informationen werden beim Stadtplanungsamt, Telefon 0221/221-22813 erteilt. Informationen zu Bebauungsplanverfahren können auch im Internet unter:

[http://www.stadt-koeln.de/planen\\_bauen/planung/bebauungsplaene/](http://www.stadt-koeln.de/planen_bauen/planung/bebauungsplaene/)  
eingesehen werden.

**Herr Vohl und Herr Baumann** stellen das architektonische Konzept vor.

Idee und Konzept: Die Namensgebung „Dialog“ steht für Offenheit und Kommunikation. Begriffe, deren Inhalte sich im Konzept für den Neubau folgendermaßen wiederfinden: Das Gebäude ist von allen vier Seiten und auf zwei Ebenen zugänglich, wobei die beiden Haupteingänge in eine innere Straße münden, die alle Nutzungsbereiche kommunikativ verbindet. Auch nach außen hin soll das Gebäudeensemble urban wirken – Urbanität ist die bauliche Folge von Gemeinschaft und Kommunikation.

Im Erdgeschoss zeigt sich das Haus durch eine besondere Fassadengestaltung als öffentlicher Bau für die Bürger mit einem vielseitig nutzbaren Raumkontinuum dahinter.

Städtebauliche und landschaftliche Einbindung: Die Schulanlage ist als Ensemble mit einfachen und kompakten Baukörpern mit einer Höhe von ca. 16 m konzipiert. Die Freiräume sind klar definiert, wobei der vorhandene Großbaum (Platane) als neuer Mittelpunkt inszeniert wird. Die Baukörper sind so zugeordnet und ausgerichtet, dass weder eine Rückseite noch eine direkte Ausrichtung zur Bahnlinie entsteht. Unter Ausnutzung der vorhandenen Geländemulde entsteht ein unterer Eingang aus Richtung Arnsberger Straße mit Schulhof sowie ein oberer aus Richtung ÖPNV-Haltepunkt mit Eingangsvorplatz. Die vorhandene Böschung wird als Sitzstufenforum baulich gefasst und gibt dem Schulhof einen urbanen Charakter. Der Altbau wirkt als selbstverständlicher Bestandteil der städtebaulichen Anordnung. Nach Osten zum übergeordneten Freiraum hin verbleibt eine große zusammenhängende Freifläche als begrüntes Vorfeld zur öffentlich nutzbaren Theaterhalle. Im Anschluss daran entwi-

ckeln sich sowohl nördlich (Strunder-Bach) als auch südlich entlang der Bahnlinie gut nutzbare Freibereiche für die Schule.

**Erschließung:** Zusätzlich zu den beiden zentralen Haupteingängen von Norden und Süden wird im Westen ein separater Zugang zur Sporthalle angeboten.

Die Parkplätze sind am westlichen Ende direkt zugeordnet, während der südliche Schulzugang direkt gegenüber der Straßenbahn Haltestelle liegt. Im Inneren setzt sich das „vielseitige“ Erschließungskonzept in einer klaren Erschließungsordnung mit Ost-West-gerichteter „innerer Straße“ fort. Diese ist an zentraler Stelle in der Fuge zwischen den beiden Neubauten mit dem Haupttreppenhaus verbunden. Auf diese Weise ist die Orientierbarkeit im Gebäude auf einfache Weise gesichert.

Die beiden Baukörper werden über einen an die „innere Straße“ anschließenden Ringflur um die Innenhöfe erschlossen. Der Altbau ist so einfach wie möglich an die innere Straße angebunden. Die Höhenunterschiede werden durch den an der Nahtstelle angeordneten Aufzug sowie die im Neubauteil liegenden Differenzstufen ausgeglichen. Alle Ebenen sind behindertengerecht erreichbar. An den beiden Enden der zentralen Erschließungsachse sind zwei weitere Treppenhäuser angeordnet, um die Rettungswege sowie Kurzschlussverbindungen zu ermöglichen.

**Gebäude und Funktionalität:** Die beiden kompakten Neubauten erhalten Innenhöfe. Die Ausnutzung der vorhandenen Geländesituation ermöglicht eine Situierung der Raumvolumina von Sporthalle und Mensa auf der -1 Ebene, wobei beide infolge der teilweise größeren Raumhöhe auch an der Null-Ebene räumlich teilhaben. Das Theater kann über eine Galerie mit der Mensa verbunden bzw. von dort zusätzlich erschlossen werden, was weitere Nutzungsoptionen eröffnet. Der Lehrer- und Verwaltungsbereich liegt zentral im 1. OG, um kurze Wege zu gewährleisten. Die Bibliothek ist dem Innenhof zugewandt. Die Klassen- und Gruppenräume sind im östlichen Baukörper im 1. und 2.OG angeordnet, während die Fachklassen im 2. und 3.OG des westlichen Baukörpers liegen.

**Konstruktion/ Materialität:** Von Außen ist der Neubau modern und urban mit einer Klinkerfassade verkleidet. Das Erdgeschoss ist infolge der Öffentlichkeitswirkung bewusst transparent über Pfosten-Riegelfassaden ausgeführt und mit einer charakteristischen Formsprache über V-förmige Stützen ausgebildet.

Das Gebäude wird in Stahlbetonmassivbauweise ausgeführt. Die Fassadengestaltung der Obergeschosse ist geprägt durch die großen Einzelfenster der Klassenräume.

**Herr Fuchs, Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Mülheim** bittet die Anwesenden um Stellungnahmen und weist nochmals darauf hin, dass die ausliegenden Zettel ausgefüllt zur Anmeldung eines Redewunsches ans Podium gebracht werden sollen.

- 1. Ein Teilnehmer (Presse)** stellt die Frage welche tatsächliche Einflussmöglichkeit der Bürger hat oder ob dies „juristisch schon beschlossene Sache“ sei. Er fragt weiterhin ob die Absicht, hier ein Seniorenheim zu bauen, komplett vom Tisch sei.

**Herr Streitberger** weist darauf hin, dass es im Vorfeld im Stadtentwicklungsausschuss und in der Bezirksvertretung Beschlüsse gegeben habe, die nicht identisch waren. Im Zuge des Wunsches der Schule, hier zu erweitern, sind natürlich auch Alternativen diskutiert worden, insbesondere aus der Bezirksvertretung Mülheim ist die Alternative Wohnen, insbesondere für Menschen im Alter, als Altenheim oder altengerechtes Wohnen mit Serviceangeboten gekommen. Es bedarf in einem Bebauungsplanverfahren jedoch noch verschiedener Entscheidungen, jeweils immer der Bezirksvertretung Mülheim, des Stadtentwicklungsausschusses und ganz zum Schluss auch einer Entscheidung des Rates. Der Rat der Stadt Köln hat den Beschluss für die Schule gefasst. Es muss aktuell davon ausgegangen werden, dass diese Entscheidung so steht, dass sie sich auch nicht durch Zeitablauf verändert. Juristisch ist das Verfahren an das BauGB gebunden. In diesem Rahmen dürfen Stellungnah-

men, Hinweise, gerne auch Bedenken vorgetragen werden. Es gibt aber gegen das autonom vom Rat durchgeführte Verfahren kein Klagerecht. Erst wenn der Bebauungsplan fertig ist, wenn er als Satzung durch den Rat der Stadt Köln beschlossen ist, kann er gerichtlich überprüft werden.

2. **Eine Teilnehmerin** stellt sich als Elternvertreterin vor. Sie sagt, sie wolle für die Schule werben und Vorurteile gegen die Schule abbauen. Das Dialog Gymnasium sei eine wirklich hochwertige Schule, auf der sehr individuell gefördert wird. Sie weist auf die optimale Ganztagsbetreuung hin sowie im Gegenzug auf die mangelhafte Ausstattung städtischer Gymnasien. Die Eltern investieren hier sehr viel Geld und sehr viel Eigenmittel in diese Schule, damit die Kinder eine gute Bildung bekommen. Sie wolle auch mit dem Vorurteil ausräumen, dass es eine türkische Schule sei. Es gäbe hauptsächlich deutsche Lehrer. Auf dieser Schule werde Deutsch gesprochen und die Schulbücher unterschieden sich nicht von anderen Schulbüchern. Sie wirbt abschließend um die Unterstützung aller Buchheimer, Mülheimer und Kölner.
3. **Ein Teilnehmer (Bürgerverein)** weist darauf hin, dass sich der Verein nach langen Diskussionen für eine Seniorenanlage für seniorengerechtes Wohnen ausspricht. Er verliest eine schriftliche Stellungnahme mit folgendem Inhalt vor, die er Herrn Bezirksbürgermeister Fuchs übergibt. Die geplante Erweiterung des Privatgymnasiums Dialog stelle bei vier weiteren bestehenden Gymnasien eine Überversorgung des Stadtbezirks dar und ist, nach Auffassung des Bürger- und Heimatvereins, sinnlos. Der Bürger- und Heimatverein Buchheim e. V. nimmt die mit statistischem Zahlenmaterial der Bevölkerungsprognose des Amtes für Stadtentwicklung und mit Statistik belegbaren Entwicklungen der Bevölkerungsstruktur zum Anlass, sich für eine Nutzung des Geländes zum Bau seniorengerechten Wohnraums auszusprechen. Ergänzend weist er darauf hin, dass aus infrastruktureller Sicht das Gebiet um den Arnberger Platz verkehrstechnisch durch den zu erwartenden Schultourismus sehr stark belastet würde.

**Herr Streitberger** bedankt sich und bemerkt, dass der im Raum stehende Konflikt sehr deutlich geworden ist, auch im Hinblick auf die Vorrednerin. Gleichwohl gilt es, eine Ratsentscheidung zu respektieren. Herr Streitberger bittet um Verständnis, dass der Konflikt an diesem Abend nicht aufgelöst werden könne. Es gehe um ein Bebauungsplanverfahren.

4. **Ein Teilnehmer** fragt nach dem Einzugsbereich der Schule. Im Bereich Buchheim/Mülheim werden es wahrscheinlich wenige sein, und je höher der Einzugsbereich ist, umso mehr Fahrzeuge kommen selbstverständlich hier in den Stadtteil. Zur Planung allgemein: Die Schule hat ein Gebäude angemietet bzw. gekauft, was von vornherein zu klein ist. Da bliebe jetzt die Frage, ob die Schule eine Fehlplanung gemacht habe oder ob es eine Zusage der Stadt oder des damaligen OB gegeben habe.

**Herr Streitberger** weist darauf hin, dass es nach seinem Kenntnisstand keine Zusage gegeben habe, aber unabhängig davon, ob solche Zusagen im Raum gestanden hätten, entscheidend ist letztlich immer der Rat.

5. **Ein Teilnehmer (Anwohner)** spricht die Verkehrssituation auf der Arnberger Straße an. Morgens würde man keinen Parkplatz finden, ihn betreffe dies zwar nicht, da er einen Stellplatz habe, aber morgens zwischen 7:40 h und 8:00 h kommen viele Fahrzeuge in die Arnberger Straße. Es seien oft junge Frauen, die ihre Kinder dorthin brächten. Die müssten in der Arnberger Straße wenden. Die DEWOG habe drei Häuser gebaut mit einem hohen Stellplatzbedarf, und wenn die Bewohner mal vom Einkaufen kommen und nicht auf einen privaten Stellplatz fahren wollen, dann reicht es nicht – das habe man nicht bedacht. Aus seiner Sicht wird die Platane im kommenden Jahr nicht mehr stehen.

**Frau Müssigmann** nennt (in Antwort auf 4.) Zahlen zum Einzugsbereich: 8 Schüler Buchheim, 17 Schüler Stadtbezirk Mülheim, 50 Schüler Rechtsrheinisch, 38 Schüler linksrheinisch, 16 Schüler aus dem Kölner Umland.

**Herr Streitberger** hebt die gute Anbindung an die Stadtbahn hervor und weist darauf hin, dass Einflussmöglichkeiten des Schulträgers hinsichtlich der Verkehrsmittelwahl bestehen. Gleichwohl sehe auch er die Verkehrs- und Stellplatzproblematik noch nicht abschließend gelöst.

**6. Ein Teilnehmer (Anwohner)** weist darauf hin, dass sich bei zurückgehenden Geburtenzahlen der Einzugsbereich der Schule zunehmend vergrößern wird. Es erschließe sich ihm nicht, warum die Stadt immer wieder gegen die Bürger entscheiden würde. Dies sei ein Skandal. Er habe vor 26 Jahren Abitur gemacht und bei der Integration gab es kein Problem, die habe funktioniert. Weiterhin stellt er die Frage, warum man auf private Träger zurückgreife, wenn ausreichend staatliche Schulen vorhanden sind.

**Herr Streitberger** weist auf den demokratischen Entscheidungsprozess hin. Es komme allerdings immer mal wieder die Situation, dass örtlich etwas gewünscht wird oder häufiger - etwas nicht gewünscht wird und der Rat dann gleichwohl entscheiden muss, dass dieses Vorhaben dennoch in Köln unterzubringen sei. Es gäbe dann ein gesamtstädtisches Interesse, das sich von dem rein örtlichen Interesse unterscheidet. Weiterhin weist er auf die Tatsache hin, dass Ersatzschulen staatlich anerkannt und auch gewünscht seien und in einer freiheitlichen Grundordnung möglich sein müssten. Auch werden diese Schulen zu 85% durch das Land NRW finanziert. Auf die Verkehrsproblematik werde im weiteren Verfahren noch vertiefend eingegangen.

**Ein Teilnehmer (6.)** fordert, dass mehr auf die Bedürfnisse der Örtlichkeit Rücksicht genommen werden müsse.

**7. Ein Teilnehmer (Anwohner)** bemängelt die Verkehrsführung und vertritt die Auffassung, dass der Verkehr nicht in den Griff zu bekommen sein wird. Er gibt an, dass man mit einer halben Stunde rechnen müsse, wenn man morgens zwischen 7:30 und 8:00 in die Arnsberger Straße hinein oder hinaus wolle. Die wenigen Parkplätze seien für die Lehrer, aber was sei mit den Autos derjenigen, die die Kinder zur Schule brächten. Er beschwert sich weiterhin darüber dass immer von Mülheim die Rede sei, obwohl das Projekt doch in Buchheim vorgesehen sei. Er wohne in Buchheim und nicht in Mülheim.

**Herr Streitberger** erwidert, er habe deshalb immer Mülheim gesagt, weil dies der Stadtbezirk ist, die Veranstaltung im Stadtbezirksrathaus Mülheim stattfinde und der Bezirksbürgermeister von Mülheim anwesend sei. Hinsichtlich der Verkehrsproblematik müsse nochmals konzeptionell nachgedacht werden, gleichwohl seien die Möglichkeiten räumlich begrenzt. Man müsse auch bei dem Vorhabensträger dafür werben, dass er möglichst viele seiner Schüler veranlasst, über die Bahn zu kommen. Herr Streitberger weist in diesem Kontext auf den direkt angrenzenden leistungsfähigen Bahnanschluss hin.

**8. Ein Teilnehmer (Anwohner)** fragt, ob an dieser Schule nur Schüler sein werden, die als Bedingung einen Migrationshintergrund haben oder ob auch deutsche Eltern ihre Kinder in diese Schule schicken könnten. Weiterhin fragt er nach der Finanzierung und ob hier der Staat ebenfalls Geld investieren würde (ggf. in Form von Public-Private-Partnership).

**Herr Fuchs** macht deutlich, dass die Investition vom Träger getragen werden muss. Der Landesanteil, den Herr Streitberger angesprochen habe, sei für die Unterhaltung der Schule, z.B. die Lehrer. Es können auch Kinder ohne Migrationshintergrund diese Schule besuchen. Das sei Voraussetzung, andere staatlich anerkannte Schulen gäbe es in Deutschland nicht. Auf die Anfrage von **Herrn Fuchs** in die Runde nach den Investitionskosten gab Herr Streitberger ca. 20 Mio EUR an und die Architekten ca. 12 Mio EUR.

9. **Eine Teilnehmerin** stellt sich als Mitarbeiterin der Schule vor. Sie beobachtet die Verkehrssituation jeden Morgen und weist darauf hin, dass 90-95 % der Kinder mit der Bahn kommen. Sie sei diejenige, die diese KVB-Tickets ausstelle. Selbstverständlich gäbe es Kinder, die mit dem Auto gebracht werden, dies sei aber auch verständlich, gerade im ersten Jahr. Sie gehe aber nicht davon aus, dass es trotz steigender Schülerzahl sehr viel mehr Kinder werden, die gebracht würden. Die Kinder lernen Selbständigkeit im Dialog-Gymnasium und sie werden den Schulweg mit zunehmendem Alter alleine meistern. Weiterhin äußert sie sich „geschockt“ über die Frage ob deutsche Kinder aufgenommen würden. Fast alle Kinder seien deutsch und sie habe noch nie so respektvolle Kinder kennengelernt. Sie könne viele Fragen und viele Bedenken überhaupt nicht verstehen, sie sei froh und stolz, an dieser Schule arbeiten zu dürfen.
10. **Eine Teilnehmerin** hat einen Sohn in der 6. Klasse des Dialog-Gymnasium. Sie könne die Diskussion nicht mehr nachvollziehen und vertritt die Auffassung, dass das Thema Parkmöglichkeiten nur eine „Ausrede“ seien, da man faktisch diese Schule nicht wolle.
11. **Eine Teilnehmerin (Anwohnerin)**, weist auf den Betrieb, auch in den Ferien und nach Schulschluss hin. Fragt, was denn da los sei. Es würde immer nur von der Schule gesprochen, aber nicht von dem, was hinterher stattfindet? Sie habe nichts gegen den Neubau, will aber wissen, was hier regelmäßig stattfindet.

**Herr Streitberger:** Welche Veranstaltungen im Einzelnen stattfinden, wird beim Schulträger ermittelt. Es spräche aber nichts dagegen, wenn über die Schule hinaus dort noch kulturelle oder sonstige Aktivitäten stattfinden. Es gäbe auch Interesse z.B. an den städtischen Schulen, dort auch Aktivitäten über die Schulzeit hinaus unterzubringen, damit nicht neue und zusätzliche Räume gebaut werden müssten. Die Volkshochschule, die Turnhallen etc. würden abends genutzt von Sportvereinen, und es gäbe häufig auch lokale, im Stadtbezirk ansässige Initiativen die die Räume nutzen dürften.

12. **Ein Teilnehmer** weist auf die hohen prozentualen Anteile auswärtiger Schüler auch an anderen Gymnasien. Weist außerdem darauf hin, dass eine Verkehrsbelastung auch bei einer anderen Nutzung des Areals wie zum Beispiel der Alternative Seniorenheim gegeben wäre.

**Frau Müssigmann** macht deutlich, dass noch keine verlässlichen Daten über den künftigen Einzugsbereich und die Herkunft der Schüler vorliegen könnten.

13. **Ein Teilnehmer** stellt sich als Mitglied des Schulträgersvereins vor. Er lädt alle Anwohner ein, in die Schule zu kommen und sich über die Aktivitäten zu informieren. Das Dialog-Gymnasium sei keine Elite-Schule und es gäbe kein Schulgeld. Lediglich für die Nachmittagsbetreuung würde Entgelt erhoben. Ziel sei es, ein Abbild des Stadtteils darzustellen und mehr deutsche Kinder seien gewünscht. Der TDAB e.V. (Schulträger) wolle sich in die Stadtteilarbeit integrieren und seinen Beitrag für die Stadt, die Region und das Land leisten. Er verstehe nicht, dass der Bürger- und Heimatvereins die Teilnahme an den Buchheimer Kulturtagen abgesagt habe. Integration müsse immer von zwei Seiten kommen.
14. **Ein Teilnehmer (3.)** vom Bürger- und Heimatverein begründet die Absage an den Buchheimer Kulturtagen damit, dass kein neutraler Veranstaltungsort für die Auftaktveranstaltung vorgesehen war, sie vielmehr in den Räumen des Dialog-Gymnasiums stattfinden sollte. Er verweist erneut auf die Verkehrsproblematik und dass die Schule doch dahin solle, wo mehr Schüler direkt vor Ort seien.
15. **Eine Teilnehmerin** weist als Anwohnerin an der Frankfurter Straße auf fehlende Altenheimplätze in Buchheim hin.

- 16. Ein Teilnehmer** spricht sich für Privatschulen aus, seine Enkel seien in Berlin ebenfalls an einer Privatschule. Da habe er die Erfahrung gemacht, dass der Einzugsbereich einer Privatschule natürlich nicht nur das unmittelbare Umfeld betreffen könne. Hinsichtlich der Verkehrsproblematik macht er den Vorschlag, die Arnsberger Straße nach Süden hin zu verbreitern.
- 17. Ein Teilnehmer (7.)** sagt, dass nicht die Schule, vielmehr die Verkehrssituation das Problem sei und diese sei nicht in den Griff zu bekommen.
- 18. Nach Auffassung einer Teilnehmerin** würden die Bürger zu spät beteiligt. Weiterhin fragt sie nach dem Thema Altlasten, wer diese beseitigen würde und wie es mit dem Kinderspiel aussehen würde auf diesen Flächen. Wer denn die Kosten für eine Sanierung tragen würde.

**Herr Geyer** erläutert, dass der Boden nicht den natürlichen Aufbau eines Mutterbodens aufweise. Es wurde vielmehr in der Vergangenheit Material aufgebracht, das kontaminiert sei. Das Material müsse im Zuge der Baumaßnahme abtransportiert und entsorgt werden. Die Kosten hierfür trage der Vorhabenträger.

- 19. Ein Teilnehmer (Bürgerverein)** sieht in der mangelnden Zahl an Stellplätzen ein großes Problem und macht den Vorschlag, einen neuen Standort für die Schule zu suchen, zum Beispiel am Deutzer Bahnhof.
- 20. Ein Teilnehmer (Schulträgerverein)** sieht keine große Verkehrsproblematik, da sich die Spitzen auf nur kurze Zeiträume begrenzen würden
- 21. Eine Teilnehmerin** spricht sich generell gegen die Förderung privater Schulen aus. Die Ziele der Schule seien unklar und Parallelgesellschaften würden gefördert.

**Herr Streitberger** weist darauf hin, dass in einem freien Land auch andere Träger und Initiativen Schulen gründen dürfen. Man müsse weiterhin die Mehrheitsentscheidung des Rates der Stadt Köln für die Schule akzeptieren.

- 22. Ein Teilnehmer (4.)**, äußert sich kritisch gegenüber einer Verbreiterung der Arnsberger Straße. Er weist weiterhin darauf hin, dass in der Schule keine Integration vielmehr Separatismus stattfinden würde.
- 23. Der Teilnehmer zu 16.** trägt den Vorschlag vor, die Schule an die Verkehrsführung durch eine U-förmige Anbindung zu erschließen, um so der Verkehrs- und Parkplatzproblematik entgegen zu wirken.

**Herr Streitberger** weist auf die begrenzten räumlichen Möglichkeiten sowie die problematische Topographie des Plankonzeptes hin.

**Der Teilnehmer** unterbreitet daraufhin den Vorschlag, die Verkehrsführung der Arnsberger Straße doch Richtung Elisabeth-Schäfer-Weg zu legen.

- 24. Der Teilnehmer zu 1.** fragt nach der kommerziellen Nutzung der Schule, wie dies in den USA regelmäßig der Fall ist, z.B. durch Veranstaltungen, Kongresse etc.

**Herr Streitberger** weist darauf hin, dass die Zweckbestimmung „Gemeinbedarf“ laute. Dies schließe kommerziell orientierte Nutzungen von vorneherein aus. Allerdings gehöre z.B. eine Theateraufführung zu einem normalen Schulbetrieb, auch wenn die Aufführung nicht aus der Schule, sondern aus dem Quartier heraus organisiert ist.



- 25. Ein Teilnehmer** stellt sich als Mitarbeiter am Dialoggymnasium vor und weist auf die verschiedenen Kooperationen der Schule mit anderen Schulen und Einrichtungen hin. Die Schule öffnet sich zunehmend nach außen. Hinsichtlich des Verkehrs hoffe er auf Entgegenkommen von beiden Seiten.
- 26. Ein Teilnehmer** (Landtagsabgeordneter) weist darauf hin, dass Ersatzschulen verfassungsrechtlich anerkannt seien. Allerdings würden die vorhandenen Schulen ein gutes Angebot bieten. Die Integration solle am besten vor Ort stattfinden und zwar nicht nur durch Bildung. Die Verkehrsproblematik könne am besten über kurze Wege behoben werden. Um die Anwohner nicht noch mehr zu belasten müsse die Verwaltung sehr sorgfältig prüfen. Er weist abschließend darauf hin, dass das Altenwohnen ein legitimes Anliegen sei.
- 27. Ein Teilnehmer** (Landtagskandidat), macht deutlich, dass momentan die Schule praktisch nur durch junge Jahrgänge besetzt ist, die zur Schule gebracht werden. Mit zunehmendem Alter steige der Anteil der Schüler, die selbständig den ÖPNV benutzen, die Verkehrsbelastung wird sich dadurch nicht vergrößern. Er weist außerdem darauf hin, dass Privatschulen generell einen großen Einzugsbereich haben. Der Modal Split (Verkehrsmittelwahl) solle im Bauleitplanverfahren ermittelt werden.
- 28. Ein Teilnehmer** weist darauf hin, dass die Verkehrsproblematik ernst genommen werden muss, macht aber auch deutlich, dass natürlich in einer Privatschule nicht allein der Bedarf aus Buchheim gedeckt werden kann. Er spricht sich generell für die Schule aus.
- 29. Ein Teilnehmer** weist daraufhin, dass in der Nähe doch bereits ein Altenheim errichtet werde.

**Herr Fuchs** antwortet, dass dies lediglich ein Mini-Haus für Betreutes Wohnen im Rahmen der ev. Kirche sei.

**Herr Fuchs** bedankt sich bei den Bürgerinnen, Bürgern und den Podiumsteilnehmern für die rege Teilnahme an der Bürgerbeteiligung weist nochmals auf die weiteren Beteiligungsmöglichkeiten hin und schließt gegen 21:15 h die Veranstaltung.

*gez. Fuchs, 10.05.2010*

Fuchs

(Bezirksbürgermeister des Stadtbezirkes Mülheim)

*gez. Dominik Geyer*

Geyer

(Schriftführer)